



DIE ROTE PRESSE

Betriebszeitung für THYSSEN-Brackwede

KPD/Marxisten-Leninisten

März
1980
6. Jahrg.

I N H A L T :

Preissteigerungen	S. 2
Unterschiedliche Auffassungen im Betriebsrat	S. 3
"Wahlargumente"	S. 5
U-Boote für Chile	S. 7
Jagd auf Kranke	S. 7

Betriebsratswahl :

Eine Vorentscheidung

zur Wahl des neuen Betriebsrates bei Thyssen war die Abstimmung über die gemeinsame Wahl. Am 15. Januar entschieden sich die Kollegen aus den Betrieben mehrheitlich mit 63% für die getrennte Wahl - das erste Mal seit langem. Da zur Betriebsratswahl mit einer Liste der DAG (Deutsche Angestellten Gewerkschaft) gerechnet werden muß, wird diese nach dem Abstimmungsergebnis wohl nur in der Verwaltung gegen die Liste der IGM stehen. Im Betrieb wird die Liste der IG Metall der einzige Wahlvorschlag sein und eine Persönlichkeitswahl stattfinden.

Techtelmechtel hinter verschlossenen Türen

Fest steht: das Abstimmungsergebnis für die getrennte Wahl im Betrieb ist eine Niederlage für die rechte Mehrheit im amtierenden Betriebsrat. Warum wohl wurde für die gemeinsame Wahl eine massive Propaganda im Betrieb entfaltet, warum wohl wurden vor der Abstimmung Hallensprecher und Vertrauensleute unter Druck gesetzt und eingeschüchtert mit Scheinargumenten getrennte Wahl sei "gewerkschaftsfeindlich". Wäre es nämlich nach dem Geschmack von Gutschke, Kröger und Schell gegangen, hätte es bei Thyssen gemeinsame Wahl und damit sicherlich Listenwahl auch im Betrieb gegeben. Sie haben jetzt Angst um ihre Posten und wollen verhindern, daß fortschrittliche

oder gar revolutionäre Kollegen in den Betriebsrat gewählt werden. Warum sonst trifft man sich seit November im Betriebsratszimmer mit dem Vertreter der Ortsverwaltung, Erwin Meier, in quasi "geheimer Mission" und hinter verschlossenen Türen.

Noch jetzt, 3 Wochen nach der Abstimmung, stellten sich Gutschke und Erwin Meier vor die Betriebsversammlung, wetterten gegen das Ergebnis und tadelten das "gewerkschaftsschädigende" Verhalten der Kollegen. Da diese Herren sich mit demokratischen Entscheidungen wohl nicht abfinden können, wäre es vielleicht besser, sie suchen sich andere Gewerkschaftsmitglieder.

Listenvahl oder Persönlichkeitswahl?

Diese Frage, wie auch die Frage der gemeinsamen oder getrennten Wahl wird vor den Betriebsratswahlen überall von den Kollegen diskutiert. In allen Zeitungen der Gewerkschaften werden diese Fragen behandelt und zum Teil auch verschieden beantwortet. Trat die IG Metall bisher (wie auch die anderen DGB-Gewerkschaften) für die Persönlichkeitswahl ein, wird jetzt auch die Listenvahl als demokratisches Verhalten dargestellt - wobei DAG, Christlicher Gewerkschaftsbund (CGB) und Splitter- oder "K"-Gruppen als Begründung herhalten müssen:

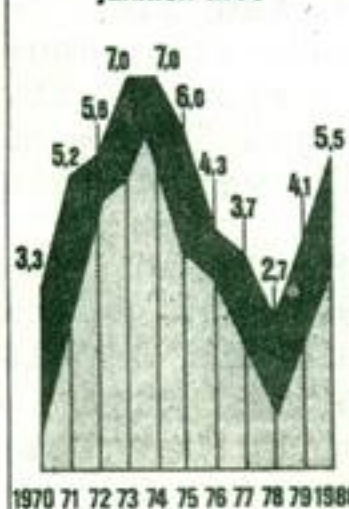
"Das Eintreten der IG Metall für ihren Wahlvorschlag kann also keineswegs als undemokratisches Verfahren hingestellt werden. Zur Demokratie gehört für uns, mit Ehrlichkeit zu sagen, daß und mit welcher gewerkschaftspolitischen Überzeugung wir in die Betriebsratswahlen gehen." (H.Hawreliuk vom IGM-Vorstand im "Gewerkschafter" 1/81).

Da wir Kommunisten für die Einheitsgewerkschaft eintreten, halten wir gemeinsame Wahl zwischen Arbeitern und Angestellten und einen einheitlichen gewerkschaftlichen Wahlvorschlag für das beste aller Verfahren, um die besten und konsequentesten Kollegen als Interessenvertreter der Belegschaft in den Betriebsrat zu wählen. Wie die Erfahrungen und die Wirklichkeit aber zeigen, ge-

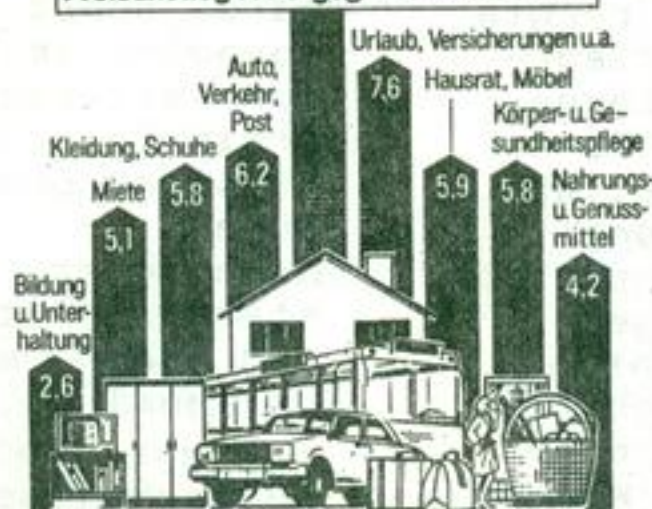
lingt dies nicht immer und überall. Mit der Aufstellung einer einheitlichen Gewerkschaftsliste gibt es noch lange nicht eine einheitliche gewerkschaftspolitische Überzeugung der aufgestellten Kandidaten. Darum sagen wir auch: die Richtigkeit der Personen- oder Listenvahl muß von Fall zu Fall, je nach Betrieb entschieden werden. Und zwar je nachdem, welcher Weg zweckmäßig dafür ist, daß die aufrichtigsten, konsequentesten und für ihre Kollegen aktivsten Kandidaten in den Betriebsrat kommen.

Die Versuche, die bei Thyssen im Betriebsrat bestehenden Differenzen unter den Teppich zu kehren, indem man der DAG den Besen in die Hand drückt, sind vorerst gescheitert. Es ist eine Tatsache, daß von Vielen eine Veränderung im Betriebsrat gewünscht wird. Die meisten Kollegen haben erkannt, daß dies durch Persönlichkeitswahl eher zu erreichen ist. Jetzt kommt es darauf an, daß die Vertrauensleute zusammen mit ihren Kollegen dafür sorgen, daß im Betrieb ein von allen anerkannter gewerkschaftlicher Wahlvorschlag aufgestellt wird. Jedem Kollegen muß es bei der Wahl möglich sein, den Kandidaten seine Stimme zu geben, die er kennt und als seine Interessenvertreter im neuen Betriebsrat sehen will.

Preisanstieg 1970-1980
jährlich in %



Preisanstieg 1980 gegenüber 1979 in %



Stärkster Preisantrieb seit 1975!

Die links abgebildete Tabelle über den Preisanstieg seit 1970 zeigt, daß bereits im vergangenen Jahr die offizielle Preissteigerungsrate mit 5,5 Prozent die höchste seit fünf Jahren war. Was bei dieser Tabelle noch fehlt: Im Januar 1981 wird nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes die Teuerungsrate auf mindestens 6 Prozent klettern. Die Inflation nimmt jetzt also wieder ähnliche Ausmaße an, wie in den Jahren 1973 bis '75. Damals wurde die Teuerungsrate mit 7 Prozent beziffert. Die nebenstehende Auflistung des Preisanstiegs für einzelne Posten der Lebenshaltung läßt ahnen, daß die reale Verteuerung für Arbeiterhaushalte noch größere Löcher in die Lohntüte reißt, als die amtliche Preisstatistik erkennen läßt: So wichtige Posten wie Heizung, Strom, Gas oder Auto, Verkehr, Post, oder Kleidung und Schuhe sind überdurchschnittlich teurer ge-

Unterschiedliche Auffassungen

in wichtigen Fragen der Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit gibt es bei Thyssen innerhalb des Betriebsrates schon lange. Von der Forderung des DGB, daß der Betriebsrat über politische, weltanschauliche und sonstige Differenzen hinweg einheitliche Positionen gegenüber dem Arbeitgeber einnimmt (siehe "Angestellten-Magazin" des DGB zur Betriebsratswahl, Nr. 1/81, S.3), ist man bei uns weit entfernt. Da ist im noch amtierenden Betriebsrat die Gruppe Gutschke, Kröger, Schell und Gesellen. Diese Gruppe hat meist eine knappe Mehrheit im Betriebsrat und noch dazu die Unterstützung der IGM-Ortsverwaltung. Die Politik dieser Gruppe ist hauptsächlich die Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung. Dafür, daß diese Politik der Zusammenarbeit oft direkt den Interessen der Belegschaft entgegensteht, gibt es zahlreiche Beispiele. Dies ist keineswegs nur unsere, sondern die Meinung sehr vieler Kollegen im

Betrieb. Trotz vielfach massiver Kritik entblödete sich Gutschke vor der letzten Betriebsversammlung, auf die Notwendigkeit der Fortsetzung dieser (wie er sie nannte) "erfolgreichen Betriebsratsarbeit" hinzuweisen.

Die Kollegen, die gegen diese "erfolgreiche" Zusammenarbeit mit Stender und Jiricek sind, bekommen Schwierigkeiten und werden unter Druck gesetzt. Erst vor kurzem wurde der Versuch gemacht, einen Betriebsratskollegen zu entlassen. Wie man gerüchteweise vernehmen konnte, sprach sich eine knappe Mehrheit des Betriebsrates gegen diese Kündigung aus. Was immerhin bedeutet, daß einige Betriebsräte für die Kündigung des betroffenen Kollegen und Betriebsrates waren!

Fast alles was von Gutschke und Konsorten dazu gesagt wird, hat nur ein Ziel, nämlich von den tatsächlich bestehenden unterschiedlichen Auffassungen zwischen Betriebsräten

TR

Brackwede'deki Thssen fabrikasında da bizzat işyeri temsilciliği içindeki çalışmalarda, önemli konular üzerinde değişik görüşler vardır. Açıkça: firma yönetimiyle ortaklaşa çalışma politikası güden ve yerel yönetimden oldukça yardım gören biraz daha güçlüce bir grup var. Bu grubun çalışmaları emekçilerin çıkarlarına tamamen ters düşmektedir. Bu "Çoğunlukta" olan grubun görüşlerini benimsemiye diyerleri son zamanlarda bazı zorluklarla karşılaşmakla kalmamışlar, hatta üç yıl önceki seçimlerde açıkça karalanmak, tecrit edilmek istenmiştir. Gutschke ve kröger grubunun diğer görüşleri hasıraltı etme çabaları ve "kendi" IGM listelerini seçim listesi olarak gösterip, Alman müsdahdemler sendikasını safdışı etme çabaları şimdilik başarısızlıkla sonuçlanmıştır. Arkadaşlar gerçekleri zamanında görüp oynamak isteyen oyuna gelmemişlerdir. Şahsi seçimler meselesini mümkün olan bir seçim listesi hakkında karar vermeye olan bağlantısını arkadaşların çoğu görmemişlerdir.

Şimdi önemli olan işletmede demokratik bir seçim önerisinin yapılabilmesi için tüm arkadaşların sendika temsilcileriyle birlikte meseleyi ele almalarıdır. Ancak böylelikle Thssen fabrikasında emekçi arkadaşların sorunlarını kararlılıkla savunan ve bunları hayata geçirmeye çalışan işyeri temsilciliği seçilebilir.

und Vertrauensleuten abzulenken. Anstatt die Dinge offen beim Namen zu nennen, stellt sich z.B. Kröger hin und jammert, daß "unter uns welche sind, die Giftpfeile abschießen". Ebenso klagte Gutschke auf der Betriebsversammlung, es gäbe Versuche von "außen", die Betriebsratswahl zu beeinflussen. Und es würden Zettel verteilt von Leuten, die nicht offen dazu stehen brauchten. Beide, Gutschke und Kröger, können solche Sprüche machen, weil der Öffentlichkeit ihr Verhalten bei Abstimmungen im Betriebsrat verborgen bleibt. Sonst wäre schon längst klar, wer Giftpfeile abschießt, indem er vor der Wahl für die Kündigung eines anderen - wohl unliebsamen - Betriebsratskollegen eintritt. Von den anonymen Zetteln, die vor 3 Jahren

- 4 -

kurz vor der Wahl buchstäblich über Nacht auftauchten und in denen Kollegen als gemeine Verbrecher bezeichnet wurden, ganz zu schweigen. Was die Versuche von "außen" betrifft, sofern die ROTE PRESSE gemeint sein sollte, bleibt es dabei: Kollegen werden solange nicht als Mitglieder unserer Partei genannt, wie es in der IG Metall Unvereinbarkeitsbeschlüsse gibt. Doch davon will Herr Gutschke wohl ebensowenig wissen, wie von der Gewerkschaftseinheit, die revolutionäre Gewerkschafter einschließt. Dafür liegt ihm die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Thyssen umso mehr am Herzen, die er fortsetzen will, wie er auf der Betriebsversammlung kundgetan hat.

„Schlagende Argumente!“

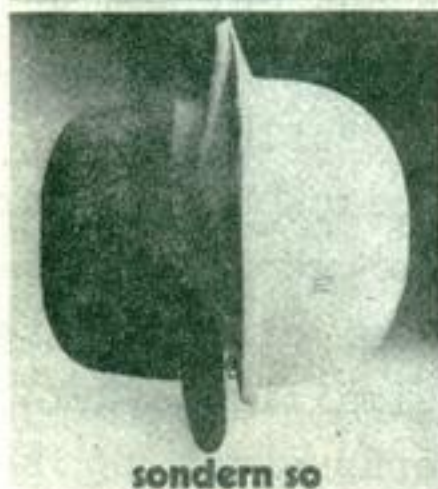
aus:

ROTER MORGEN
Nr. 6 v. 6.2.81

In der „metall“ vom 28. 1.81 erschienen folgende Fotos, die uns bildlich vor Augen führen, warum wir die Mitbestimmung brauchen:



So nicht



sondern so

**Darum
Mitbestimmung**

Damit Helm und Hut endlich gleichberechtigt und in gleicher Höhe an der Garderobe hängen?

Oder gehört der Hut auf dem beispielhaften zweiten Foto gar Eugen Loderer persönlich, der auch mal einen Kollegen zu sich eingeladen hat?

Oder ist das ein Wink an die Kapitalisten: So vertraut möchten wir mit euch sein?

(Gewisse Ignoranten in unserer Redaktion wollten sich übrigens beim Anblick dieser Bilder gar nicht wieder ein-kriegen vor Lachen.)

Aber — vielleicht haben wir das ganze doch mißverstanden? Vielleicht schreibst du uns mal, Kollege Loderer?

Hier zwei spontane „hauseigene“ Variationen „zum Thema“:

war es so gemeint?



So nicht



sondern so

**Darum Sozial-
partnerschaft**

Uns gefiel allerdings diese Variante besser:



So nicht



sondern so

**Darum
Klassenkampf**

Darum also! (??)
... Also, irgendwie doch noch unklar.

Damit die Kollegen ihre Schutzhelme nicht mehr auf den Boden schmeißen müssen und die Unternehmer legen ihre Hüte obendrauf?

"Wahlargumente"

Nicht erst bei der letzten Betriebsratswahl vor 3 Jahren geschahen unerhörte Dinge. Damals sind anonyme Zettel im ganzen Betrieb verteilt worden, auf denen bestimmte Betriebsratskandidaten als "Kommunisten" bezeichnet und als gemeine Verbrecher hingestellt wurden.

Auch jetzt wurde bereits im Vorfeld der Abstimmung über die gemeinsame Wahl (zwischen Arbeitern und Angestellten) wieder tief in die Lumpenkiste gegriffen. Um ihre Macht- und Mehrheitsverhältnisse zu sichern, ist manchen Leuten offenbar keine Verleumdung zu schmutzig. Wie tief müssen einige Betriebsräte gesunken sein, wenn sie als "Argument" für die gemeinsame Wahl anführen, daß sonst in Zukunft noch mehr "Kümmeltürken" als bisher im Betriebsrat sitzen würden und dann überhaupt nichts mehr liefe. Selbst der amtierende Betriebsratsvorsitzende Gutschke soll bei Angestellten mit solchen "Argumenten" hausieren gegangen sein.

Unsere Meinung dazu: Von solchen Sprüchen bis zur Parole "Ausländer raus" von der NPD ist es nur noch ein kleiner Schritt! Und im übrigen sind solche Äußerungen eine saftige Ohrfeige für alles, was bisher von der IG Metall für die Rechte und Nöte unserer ausländischen Kollegen getan und veröffentlicht wurde.

Von den Verfechtern dieser Meinungen wird in der Tat nicht nur die Solidarität zwischen deutschen und ausländischen Kollegen, sondern gleichzeitig die Solidarität zwischen Arbeitern (den ausländischen nämlich) und den Angestellten bekämpft.

Wen wundert es, daß gerade die Betriebsräte eine solche Propaganda machen, die sich bisher am wenigsten für die Interessen aller Kollegen, deutscher wie ausländischer, bei Thyssen eingesetzt haben. Gegenüber dem Arbeitgeber brauchen Betriebsräte die Solidarität der Kollegen. Diese Solidarität ist nicht teilbar. Wer Spaltung innerhalb der Kollegen betreibt, kann nicht ihre Interessen vertreten. Wer Kollegen spaltet, tut das auch in der Gewerkschaft und verhält sich gewerkschaftsfeindlich. Es wird Zeit, den Verfechtern dieser "Wahlargumente" einen Denkkzettel zu verpassen.

TR

Seçim değerlendirilmesi

Sadece bir defaya mahsus değil, üç sene önceki işçi temsilciliği seçiminde de işçiler aleyhinde haksızlıklar oldu. O zaman firma içerisinde kim tarafından dağıtıldığı bilinmeyen bir bildiride, işçi temsilciliğine aday olan belli kişilerin haklarında, komünist, bölücü ve dolandırıcıdır diye karalamalar yapıldı. Ve şimdi de yeni yapılacak seçimden önce bu adı propagandalarını sürdürüyorlar. İşyerinde çoğunluk sağlayarak iktidarlarını pekiştirmek isteyen bazı kişiler, işçi haklarını savunan işçitemsilcisi adaylarına çamur atıp lekelemektedirler.

Bazı işçi temsilcileri o kadar alçaklaştılar ki, propaganda aracı olarak Türkerin kötü olduğunu yaydılar. Ve kötü Türkler gelecekte daha çok temsilcilikler elde edecekler, o zaman hiç bir iş yapılamayacak dediler. Hatta bu kötü propagandaları şimdi de işçi temsilcisi başkanı Gutschke de memurlar arasında sürdürmüştür. Bize göre bu tip sözler NPD'nin sürdürdüğü "yabancılar dışarı" propagandasına benzemektedir. Bu yapılan şeyler yabancıların haklarını savunan IG Metal sendikasının görüşlerine ters düşmektedir.

Bu düşüncelerin ışığında hem yabancı işçilerle Alman işçilerin arasındaki dayanışma bozulmaya çalışılıyor, hemde işçilerle memurlar arasında ki dayanışma engelleniyor. İşçi haklarını savunmak için seçilen işçi temsilcilerinin böyle propaganda yapmaları bizleri hayrete düşürüyor. Ve bu temsilciler Thyssen firmasında bunun en açık örneğini verdiler. İşçi temsilcileri -nin patrona karşı mücadele etmesi için işçilerin desteğine ihtiyacı var. Eğer işçi düşmanı propagandalarla saçılmak isteyenler varsa bunlar hiç bir zaman işçi haklarını savunmazlar. Ancak bunlar işçilerin birliğini bozarlar. Bundan dolayı bunları desteklemek yanlış olur. Firmada işçi düşmanlığını yapanlar, bu yaptıklarını sendika içinde de sürdürüyorlar. ve sendikaya karşı düşmanca tavırlar alıyorlar. Süreç içerisinde bu yapılan seçim propagandalarından işçiler olarak ders çıkaracağız.

Seltsame Ansichten

hört man vom Betriebsrat Resik Solak. Seiner Meinung nach müsse man bei der Aufstellung der Betriebsratskandidaten sehr vorsichtig sein. Betriebsrat sei eine schwierige Aufgabe, bei der man bis zu 30 Gesetze im Kopf haben müsse. Deshalb kommen nur Kandidaten in Frage, die solch einer schwierigen Aufgabe gewachsen seien. Bekannt wurde auch, daß Solak sich bei einigen Kollegen aus der Türkei gegen eine Kandidatur ausgesprochen hat, weil sie "nicht so gut" Deutsch sprechen könnten. Kein Wunder, denn es kommt ihm darauf an, seinen Posten zu behalten und sich Konkurrenz vom Halse zu schaffen. Und auch mit den vielen Gesetzen kann es bei ihm nicht weit her sein. Daß z.B. das Rede-recht der ausländischen Kollegen auf den Betriebsversammlungen durch das Betriebsverfassungsgesetz abgedeckt ist und ebenso das Recht, nicht nur den Betriebsrat zu wählen, sondern auch gewählt zu werden, das weiß er nicht - oder besser: das will er nicht wissen!

TR

TUHAF GÖRÜŞLER

Insan işyeri temsilcisi Reşit Solak', dinlediginde:
Onun görüşlerine göre işyeri temsilciliği adaylarının seçiminde çok dikkatli olmak gerekirmiş. Temsilci olmak zor bir görev olduğu gibi, her temsilci en azında 30 kadar kanunu bilmek zorundaymış. Bunun içinde sadece bu işin erbabı olanlar akla gelmeliymiş. Ayrıca bildirildiğine göre, Solak Türkiyeli arkadaşlar arasında, bazı adaylar aleyhinde propaganda yapıyormuş. Çünkü bu adaylar "çok iyi" Almanca konuşmıyorlarmış.
Aslında bu pek de hayiet edilecek birşey değildir. Çünkü bu zat için önemli olan kendi koltuğunu koruma ve kendini, boğazına dayanmış rekabetten kurtarmaktır. Ve o bir çok kanundan da haberdar bile değildir. Örneğin: İşyeri toplantılarında, yabancı işçi arkadaşların konuşma hakkının işyeri kanununa göre olması ve aynı şekilde herkesin sadece temsilci seçme değil, seçilme hakkınında olduğunu o bilmemektedir, tabir yerinde ise: o bilmek istememektedir.

Erklärung der drei RGO-Betriebsräte zum Warnstreik in Werk Süd — HDW/Kiel

Am Freitag, den 12. 12. 1980 legten die Kollegen in Werk Süd für eine Stunde die Arbeit nieder. Angeblich streikten sie für den Bau von zwei U-Booten für das faschistische Pinochet-Regime in Chile. Angeblich stehen der Betriebsrat und 7500 Beschäftigte von HDW/Kiel hinter diesem Streik.

Wir, die drei RGO-Betriebsräte von HDW/Kiel erklären hingegen: Die berechtigte Sorge vieler Kollegen um ihren Arbeitsplatz ist von rechten SPD-Politikern in Bonn und Kiel, der Geschäftsleitung der HDW/Kiel und einzelnen Betriebsräten schamlos ausgenutzt worden, um spekulative Rüstungsgeschäfte mit faschistischen Diktaturen machen zu können. Die Kollegen mußten herhalten, um für die Bonner Rüstungslobby Propaganda zu machen.

Wir sind grundsätzlich Gegner der Rüstungsproduktion, wir sind erst recht Gegner von Rüstungslieferungen in Spannungsgebiete und an faschistische Diktaturen.

Wir wissen uns darin einig mit den Entschlüssen des 18. Gewerkschaftstages der IG Metall.

Wir wissen auch, daß die Mehrheit der Kollegen auf HDW/Kiel, die Mehrheit des Vertrauensleutekörpers und ein Teil des Betriebsrates diese Entschlüsse der IG Metall befürwortet. Wir sprechen daher dem Betriebsratsvorsitzenden Otto Böhm, sowie der Mehrheit des Betriebsausschusses ganz entschieden das Recht ab, in dieser Frage für den Betriebsrat, geschweige denn für die Belegschaft zu sprechen.

Der Warnstreik in Werk Süd ist von Teilen des Betriebsausschusses angezettelt worden. Wir fordern deshalb die Ortsverwaltung der IG Metall Kiel auf, gegen die verantwortlichen Betriebsräte ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten einzuleiten.

Wir sind immer für die Sicherung der Arbeitsplätze auf HDW/Kiel eingetreten. Wir wissen aber — nicht zuletzt aus den wissenschaftlichen Untersuchungen der IG Metall —, daß in der Rüstungsproduktion die Arbeitsplätze am unsichersten sind.

Wir fordern deshalb:

Rücknahme der Produktionsgenehmigung für die beiden U-Boote an Chile! Sicherung der Arbeitsplätze durch Handelsschiffe bei gleichzeitigem Rationalisierungsstopp!

Kabinett nahm Beschluß nicht zurück

Endgültig: Chile erhält die beiden U-Boote

15. Januar 1981

Bonn (ddp). Die umstrittene Lieferung von zwei in der Bundesrepublik produzierten U-Booten an Chile wird aller Wahrscheinlichkeit nach trotz innerer Widerstände wie geplant stattfinden. Regierungssprecher Becker teilte gestern im Anschluß an die Sitzung des Bundeskabinetts in Bonn mit, dieses Problem sei zwar erörtert, jedoch nicht neu entschieden worden.

Becker bestätigte damit die Gültigkeit des vom Bundessicherheitsrat gefaßten Beschlusses, mit dem der Export der Schiffe gebilligt worden war. Der Regierungssprecher wies ferner darauf hin, daß auch in der Frage eines möglichen Verkaufs von 300 Kampfpanzern des Typs „Leopard II“ an Saudi-Arabien keine Entscheidung des Kabinetts ergangen sei. Die Entscheidung des Kabinetts sei dem Bundespräsidenten übergeben worden.

Nach Bundes Ausfuhr sätzlich

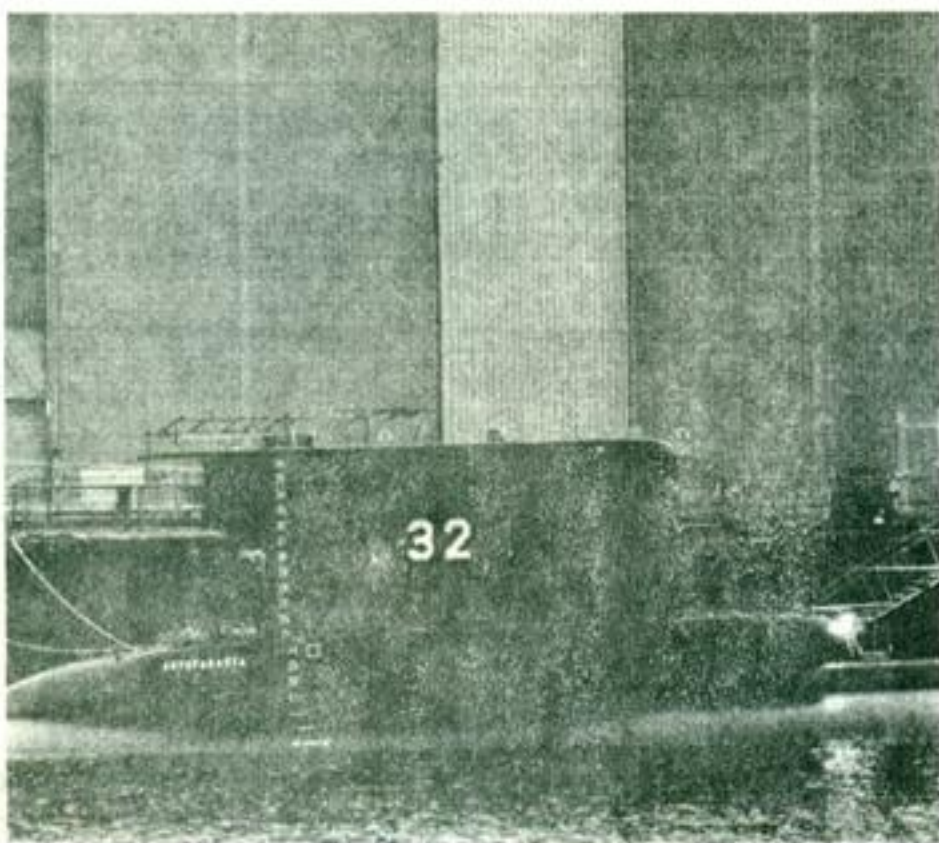
Betriebsrat besteht auf U-Boot-Auftrag

Kiel (dpa). Der Betriebsrat der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) in Kiel hat die Bundesregierung mit Nachdruck davor gewarnt, die Genehmigung für den Bau von zwei U-Booten zurückzuziehen. Das Gremium billigte gestern mit großer Mehrheit das bisherige Vorgehen des Betriebsausschusses, der in einem Telegramm an Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) bereits vor Weihnachten seine Sorge über den möglichen Verlust von über 1000 Arbeitsplätzen betont hat.

Vor Journalisten sagte der Regierungssprecher, die Entscheidung des Bundessicherheitsrates über die Lieferung der U-Boote an Chile gelte, „sofern sie nicht widerrufen wird.“ Becker gab bekannt, daß der Kanzler und die Minister sich auch mit der Möglichkeit von greifenden Ansprüchen der Howaldtswerke Deutsche Werft AG, die Hersteller der Schiffe ist, sowie der Regierung in Chile befaßt habe, die im Falle eines Lieferverbots für die U-Boote aufzukommen könnte. Das Kabinett sei sich aber nicht in der Lage gewesen, in Umfang solch eines Regresses zu entscheiden.

7. Januar 1981

Neue Westfälische



Halbfertiges U-Boot bei HDW in Kiel.

U-Boote für Chile:

In der Klemme

sitzt deswegen nicht nur die SPD, sondern ebenso die IG Metall in Kiel, da der Öffentlichkeit nun einmal bekannt geworden war, daß eine Mehrheit des Betriebsrates der Howaldts-Werke Deutsche Werft (HDW) in Kiel aus "Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen" für den Bau und die Auslieferung der U-Boote an Chile eingetreten ist (siehe NW-Notiz vom 7.1.).

Von diesen Betriebsräten wurde im Werk Süd der HDW ein Streik für den U-Boot-Bau organisiert und an den Bundeskanzler Telegramme geschickt. Es nutzt auch nicht viel, daß "Metall" den Eindruck zu erwecken versucht, daß die Kieler IG Metall und der Bundestagsabgeordnete Gansel es fast geschafft hätten, den Bundeskanzler umzustimmen. Wovon - wie man jetzt weiß - gar keine Rede sein kann.

Erstaunlich ist nur, daß Betriebsräte, die sonst keinerlei Anstalten machen, für die Durchsetzung von wichtigen Interessen die Kollegen zu mobilisieren, die gegen "wilde Streiks" wettern (die es bei HDW in den letzten Jahren öfters gab),

jetzt für Rüstungsaufträge derart mobil machen. Man kann sich auch nur wundern, wie offen manche Betriebsräte und Funktionäre der IG Metall nicht nur im Fall von Rüstungsaufträgen gegen Wortlaut und Geist von Beschlüssen der Gewerkschaft verstoßen können, ohne daß je ein Verfahren gegen sie überhaupt erwogen worden wäre.

Demgegenüber haben die 3 RGO-Betriebsräte, alle drei aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, eine eindeutige Stellungnahme zum U-Boot-Bau für Chile und für die Beschlüsse der IG Metall abgegeben.

Jagd auf Kranke

Diesem Thema widmete sich die Zeitung "Metall" im Oktober 80 (Nr.21). Durch den Bericht in "Metall" wird ausführlich und an Beispielen aufgezeigt, mit welchen Methoden Unternehmer gegen kranke Kollegen vorgehen. Heutzutage, im Zeichen der Krise, wird von den Unternehmern verstärkt die Angst der Kollegen um ihren Arbeitsplatz skrupellos ausgenutzt. Nicht nur, daß hinter jedem Kranken ein Simulant oder Bummelant vermutet wird, daß Drohbriefe verschickt und aufdringliche Kontroll-Besuche am Krankenbett stattfinden. Kündigungen von Kollegen, obwohl sie krankgeschrieben waren - selbst, wenn sogar ein Arbeitsunfall die Ursache war - sind keine Seltenheit mehr. Und auch die Feststellung, daß in manchen Firmen versucht wird, Betriebsräte zu "sinnvollen Maßnahmen" gegen kranke Kollegen zu mißbrauchen, fehlt in "Metall" nicht. Richtig ist vielmehr, daß sich bereits viel zu viele Betriebsräte zu solchen "Maßnahmen" nicht nur mißbrauchen lassen, sondern diese aktiv und dauernd unterstützen.

Betriebsrat als Entlassungshelfer

All das kommt uns bei Thyssen auch sehr bekannt vor. Erst auf der letzten Betriebsversammlung klagte Stender, daß in manchen Abteilungen der Krankenstand bereits über 20% liege.

Verantwortlich für den Inhalt
M. Lenger, Schildescher Str. 53

Eigendruck
i. Selbstverlag, 48 Blfd. 1

Außer den sattem bekannten Drohbriefen und Krankenbesuchen haben die Kündigungen von kranken Kollegen zugenommen. Und offensichtlich hat es Herr Stender bei einigen Betriebsräten geschafft, sie zur Mitarbeit bei diesen "Maßnahmen" zu gewinnen.

Jüngstes Beispiel ist der Fall eines jugoslawischen Kollegen, der seit einem Arbeitsunfall im Jahre 1975 in B III als Kranfahrer gearbeitet hat. Dieser wurde - ohne gefragt zu werden - nach B I versetzt, was der Kollege ablehnte. Schließlich war sein Antrag auf Versetzung aus B III damals abgelehnt worden und er hatte sich in den letzten 5 Jahren dort eingearbeitet. Aufgrund seiner Ablehnung wurde der Kollege entlassen; Grund: Arbeitsverweigerung!

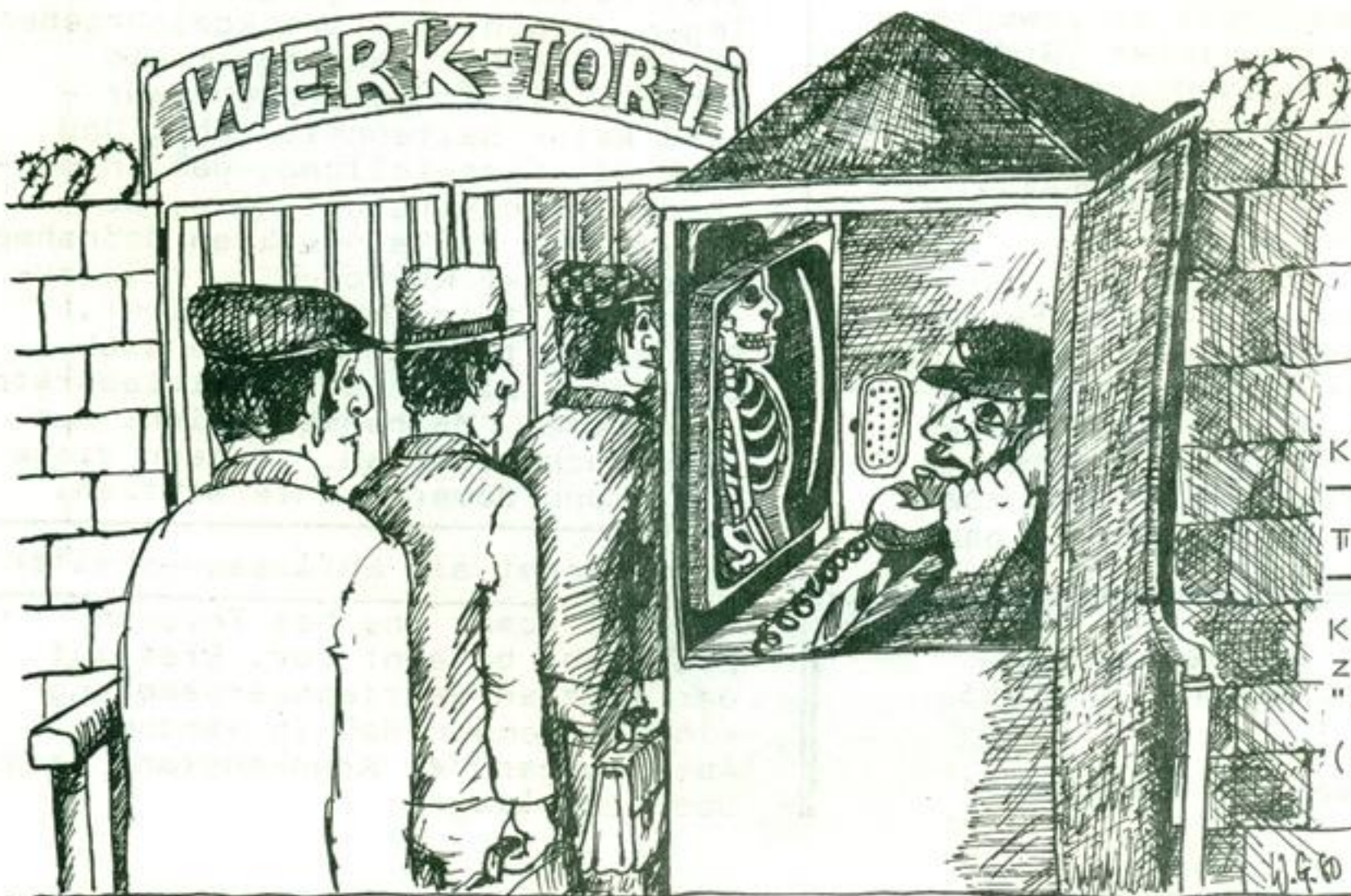
Der Betriebsrat hätte den Kollegen darüber informieren müssen, daß er die Arbeit nicht ablehnen könne und sich dann der Sache des Kollegen annehmen müssen, indem er das Anliegen des Kollegen bei der Werksleitung vorbringt. So hätte es nicht zur Kündigung des Kollegen kommen müssen. Aber nichts von dem geschah. Der Betriebsrat Gutsche sah seine Aufgabe vielmehr darin, die Betriebsleitung in Person von Kronsbein und Meyer zu unterstützen und schließlich der Entlassung zuzustimmen.

Ein solches Beispiel aus dem Hause Thyssen wird so schnell nicht in den Zeilen von "Metall" seinen Niederschlag finden. Schließlich soll die auch überbetrieblich gut funktionierende Zusammenarbeit der IG Metall (bzw. des DGB) mit Thyssen keinen Schaden nehmen.

Drohen - Einschüchtern - Entlassen

Einschüchterungen und Entlassungen von kranken Kollegen ist nicht nur ein Problem bei Thyssen. Was die Unternehmer da betreiben ist das gezielte Unterlaufen der 6 Wochen Lohnfortzahlung, ist ein Angriff auf die Solidarität zwischen kranken und gesunden Kollegen. Die Lohnfortzahlung wurde 1956 von der IG Metall in Schleswig-Holstein durch einen harten Arbeitskampf erstreikt. Jetzt sind wir soweit, daß sogar IG-Metall-Betriebsräte dabei mit helfen, diese Errungenschaft zu durchlöchern.

Soziale Errungenschaften wie die Lohnfortzahlung - das zeigt sich jetzt in Zeiten der Krise - sind im Kapitalismus keineswegs gesichert. Im Gegenteil: solange Krankheit Kosten verursacht, die den Profit der Unternehmer schmälern, werden sie alles versuchen, diese Kosten loszuwerden. Es kommt jetzt gerade darauf an, daß wir erkämpfte Rechte und Reformen gegen die Angriffe der Unternehmer verteidigen, indem wir einen absoluten Kündigungsschutz für kranke Kollegen fordern!



Könnte bei
Thyssen sein !

Karikatur
zum Thema
"Jagd auf Kranke"
(aus "METALL")